

*Kommunist sein, bedeutet
kühn sein, denken, wollen, wagen!*

W. W. MAJAKOWSKI



Ausgabe 56 - Dezember 2020

Inhalt

Zur Außenpolitik der USA unter Präsident Joe Biden	1
In eigener Sache	4

Zur Außenpolitik der USA unter Präsident Joe Biden

Von Anton Latzo

„Mit Joe Biden wird es auch nicht besser“, so Rußlands Außenminister Sergej Lawrow kurz und bündig. Biden seinerseits hat erklärt, er strebe eine Rückkehr zur „Normalität“ an. Diese soll darin bestehen, daß die USA wieder bereit seien, die Welt anzuführen.

Die Analyse dessen, was in den Vereinigten Staaten vor sich geht, spricht nicht dafür, daß eine Verbesserung der Lage im Sinne von Friedenssicherung und gleichberechtigter Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der UNO-Charta eingetreten wäre. Ohne Zweifel

ist aber die Biden-Regierung mit neuen nationalen und internationalen Bedingungen konfrontiert, welche die internationale Stellung der USA und die Verwirklichung ihrer außenpolitischen Grundziele beeinflussen.

Das Neue hält sich in Grenzen, denn die Kräfte, die 2020 in erbitterter Rivalität miteinander rangen, taten dies schon bei den Wahlen 2016 in unversöhnlicher Form. Der jetzige Sieger, Joe Biden, hat den Segen vor allem der transnationalen Finanzoligarchie. Dieser Teil des amerikanischen Kapitals profitiert am meisten von der beschleunigten Globalisierung. Es sind

die politischen Kreise, die eng mit Technologiegrößen (Amazon, Microsoft, Apple, Facebook) und den Finanzkonglomeraten verbunden sind. Sie vertreten u.a. einen Kurs zur aktiven Bildung supranationaler Strukturen unter Kontrolle von Megakonzerne und Finanzimperien. Außenpolitisch knüpfen sie auch an die Politik der Clinton-Ära an.



(Prof. Dr. Anton Latzo)

Natürlich sind die politischen Kreise nicht durch starre Grenzen voneinander getrennt. Die außenpolitischen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes, Energieunternehmen und einer Reihe anderer Branchen sind jedoch anders akzentuiert. Sie profitieren von einer strengen protektionistischen Politik. Der Rüstungshaushalt kann als Beispiel genommen werden. Er hat in der Zwischenzeit 732 Milliarden Dollar erreicht. Zum Vergleich: Selbst wenn er halbiert wird, beträgt er mehr als die entsprechenden Haushalte der VR China (261 Milliarden) und Rußlands (65,1 Milliarden) zusammen.

Die verschiedenen Gruppen in den USA werden durch die Interessen vereint, die sich an der Ausweitung und Erhaltung der USA-Hegemonie ausrichten.

Die USA bleiben ökonomische, politische und militärische Hauptkraft des Westens. Damit ändert sich auch an der Abhängigkeit der meisten Staaten von den Vereinigten Staaten nichts. Aber die Zeit der

absoluten Dominanz des USA-Imperialismus in der Welt geht trotzdem dem Ende entgegen. Die Ursache liegt nicht primär in einer absoluten Schwächung der USA, sondern vor allem darin, daß es große Widersprüche und auch auseinanderstrebende Interessen und Tendenzen gibt, welche die USA auf Dauer immer weniger unter Kontrolle halten und beherrschen können.

Außerdem haben 50 Jahre verlustreicher Kriege in aller Welt an den Kräften des Systems gezehrt. Die Rüstungsindustrie hat zwar konstant Profite erzielt, die Gesellschaft aber mußte wachsende Schäden ertragen. Zwei Beispiele: In der Woche bis zum 7. November erhielten 20,5 Millionen Menschen eine Form der Arbeitslosenhilfe. Ein Jahr zuvor waren es in der gleichen Woche „nur“ 1,5 Millionen. Außerdem haben viele Bereiche der Wirtschaft (z.B. Autoindustrie) gegenüber europäischen und asiatischen Ländern an Leistungsfähigkeit eingebüßt. Das führte zu einer unausgeglichenen Zahlungsbilanz im Außenhandel, besonders gegenüber Deutschland und China.

Kennzeichnend für die innere Entwicklung in den USA ist die Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen „Elite“. Diese ist aber auch global aktiv und wirksam und wird ihre Aktivitäten und ihren Einfluß auch international weiter erhöhen wollen, wie aus entsprechenden Analysen hervorgeht. Die Überlegungen und Aktivitäten zum „Great Reset“ sind ein Beispiel. Dieser Zustand ist nicht nur ein Ergebnis der Politik, sondern Folge der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, seines Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung unter diesen Bedingungen. Trump selbst hat darauf hingewiesen, daß sich ein großer Teil der Infrastruktur der USA in einem desolaten Zustand befindet.

Zu den Bedingungen, die das außenpolitische Verhalten der Biden-Regierung beeinflussen werden, gehört die innere Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit der

Gesellschaft, die schon bei den Wahlen von 2016 sichtbar wurde und auch bei den diesjährigen Wahlen sehr anschaulich zum Ausdruck kam. Neben der Minderheitenproblematik werden die inneren Konflikte durch die Zunahme sozialer Forderungen verstärkt. Eine Lösung ist nicht in Sicht, aber die Situation dürfte immer schwerer kontrollierbar werden und die Aufmerksamkeit der Administration binden.

Die USA sind international auch deshalb in eine schwierige Lage geraten, weil vor allem die Glaubwürdigkeit ihrer Politik gelitten hat. Das Verhalten der USA in Zusammenhang mit der einseitigen Kündigung internationaler Abkommen (Atomwaffen, WHO, WTO) verstärkte diese Tendenz. Ihre Fortsetzung führt unvermeidlich zu wachsenden Differenzen nicht nur innerhalb der NATO. Es verstärkt bei wichtigen Verbündeten der USA den Willen, einen eigenständigen Weg zu gehen. Vor allem die Interessen zwischen den USA und den wichtigsten EU-Mächten driften auseinander. Spaltungseffekte in die EU hinein, die sich aus der unterschiedlichen Haltung der einzelnen Mitgliedstaaten zu den USA ergeben, sind nicht zu übersehen. Das betrifft vor allem das Verhältnis zwischen osteuropäischen (ehemals sozialistischen) und den westeuropäischen EU-Mitgliedern, die schon in der Zeit von Präsident Bush als „neues“ und „altes“ Europa klassifiziert wurden.

Das Aufkommen der VR China und Rußlands als Konkurrenten auf der internationalen Bühne stellt die USA vor langfristig wirkende Bedingungen. Das hat einschneidende Auswirkungen sowohl auf die Innen- als auch auf deren Außenpolitik. Angesichts der gleichzeitigen Krisen, die das kapitalistische System mit zunehmender Regelmäßigkeit erschüttern, führt das dazu, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr die konkurrenzlose wirtschaftliche, militärische und diplomatische Macht der Welt sind.

Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses begünstigt das internationale Streben nach Multilateralität bei der Lösung internationaler Probleme und Konflikte. Der Widerspruch zwischen der Hegemonie-Politik der USA und den unter dem Einfluß der aufkommenden Volksrepublik China und Rußlands entstehenden Struktur der internationalen Beziehungen dürfte den Druck auf die USA-Außenpolitik weiter erhöhen. Die Zwänge, die daraus für die USA resultieren, kann die Biden-Regierung nicht unberücksichtigt lassen.

Präsident Biden hat versprochen, die Außenpolitik seines Landes neu auszurichten, die Beziehungen zu den Verbündeten der USA zu normalisieren und in internationale Abkommen zurückzukehren (Pariser Klimaabkommen, WTO, WHO). Laut „Foreign Affairs“ erklärte er auch, wie das geschehen soll. Die politische Agenda seiner Administration werde „die Vereinigten Staaten wieder am Kopfende der Tafel platzieren“, von wo aus sie führen werden und zwar „nicht nur durch unsere beispielhafte Macht, sondern durch die Macht unseres Beispiels“. Man wird sie aber „umsichtiger“ und mit einem „freundlichen Gesicht“ einsetzen – was an der Substanz aber nichts ändert. Biden hat sich bisher über die Frage Krieg und Frieden ausgeschwiegen. Die verschiedenen Betrachtungen in den NATO- und EU-Staaten vor und auch nach den Wahlen behandeln zwar einzelne Programme, wie zum Beispiel das Programm zur Bekämpfung des Klimawandels oder das Verhalten zur NATO bzw. EU. Die Frage Krieg und Frieden gehört aber nicht dazu! Viel Gutes ist von einem solchen Verhalten nicht zu erwarten. Es weist nicht nur auf die Politik hin, sondern zeigt auch, wer die Herrschaft über die Medien hat und welche Kreise die Politik von Biden zumindest tolerieren.

Die Verkündungen von Präsident Biden werden nicht an der Charta der Vereinten

Nationen gemessen, die dafür noch immer eine ausreichende Grundlage ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich Biden sowohl im Wahlkampf als auch danach nicht von den Positionen der Demokraten distanziert hat, wie sie von Hillary Clinton bezüglich

Syrien, Libyen, Ukraine und besonders Rußland vertreten wurden. Dafür ließ er keinen Zweifel an seiner Haltung gegenüber China und Rußland.

(Prof. Dr. Anton Latzo, Michendorf, aus RotFuchs 23. Jahrgang, Nr. 275 Dezember 2020)

In eigener Sache

Wir, die Redaktion des „rotinfo sonneberg“, erklären:

- Das „rotinfo sonneberg“ ist keine Onlineplattform.
- Wenn wir schreiben, „Und wie immer hoffen wir auf Eure Meinung“, meinen wir Lesermeinungen zu Texten in unseren Ausgaben.
- Der Umfang eines Leserbriefes ist im Impressum angegeben.
- Und natürlich muss die Meinung der Leserbriefschreiber nicht die der Redaktion sein.

Seit Kurzem versenden wir unser „rotinfo sonneberg“ auch per Post an Freunde und Genossen, die keinen Internetanschluss besitzen. Dadurch entstehen uns Druck- und Portokosten. Deshalb sind uns Spenden willkommen.

Spendenkonto: Reiner Kotulla, IBAN: DE53 5155 0035 0027 3107 88

Alle Ausgaben des rotinfo sonneberg hier im Archiv:

<https://dkp.de/partei/vor-ort/>

<https://thueringen.dkp.de/rotinfo-sonneberg/>

Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten der Wochenzeitung „unsere Zeit“

<http://www.unsere-zeit.de/>



Impressum

rotinfo sonneberg, Hrsg.: DKP-Grundorganisation Sonneberg, Karlstraße 33, 96515 Sonneberg. V.i.S.d.P: Brigitte Dornheim, Reiner Kotulla. Erscheint unregelmäßig. Leserbriefe, Anfragen, Artikelvorschläge (bis 3000 Zeichen mit Leerzeichen) an: E-Mail: rotinfo-sonneberg.de oder reiner.kotulla@t-online.de

Wenn Du uns schreibst „Bitte nehmt mich aus dem, bzw. in den Verteiler“, kommen wir dem sofort nach.